

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Anzeigers  
nach dem Anzeiger des Erzgebirges  
ausgegeben - Erscheint wöchentlich  
Sonntags - Auslieferung Nr. 23.

Abdruckverbot für die Presse  
Nachdruck des Anzeigers ohne die  
Angabe der Quelle ist strafbar, aus-  
serhalb des Erzgebirges ist die  
Abdruckverbot des Anzeigers  
amtliche Stelle des Erzgebirges.

Verlag: Verlagsgesellschaft Erzgebirge, Inhaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 28

Dienstag, den 3. Februar 1925

20. Jahrgang

### Luthers Pariser Echo. Günstiger Eindruck.

Paris, 31. Jan. Die gestrigen Erklärungen Luthers haben hier einen günstigen Eindruck gemacht. Man bezeichnet sie als „geschickt“, konstatiert etwas überrascht den durchaus maßvollen „korrekten“ Ton und kommt hier mit besonderem Interesse die Möglichkeit baldiger Verhandlungen über den gesamten Fragenkomplex „Abwägung, Sicherheit, Räumung“.

In den Kreisen des linken Kartells wird, soweit ich feststellen konnte, der Wunsch gehegt, zu einer Aussprache mit Deutschland über alle mit dem Sicherheitsproblem zusammenhängenden Fragen zu gelangen. Man vertritt sich nicht von einem vor der großen Öffentlichkeit gemachten Vorschlag Deutschlands im Sinne des künftigen Vorkrieges. Man würde es jedoch begrüßen, wenn Deutschland offizielle Stellung nähme, um festzustellen, unter welchen Umständen Frankreich zu einer Selbstverteidigung bereit wäre.

Nach Ansicht führender Vertreter des linken Kartells wären Vereinbarungen denkbar, die eine wesentliche Beteiligung der in Versailles vorgesehenen Gesamtheit ermöglichen würden. Voraussetzung dabei müßte nach französischer Auffassung sein, daß eine Bestimmung aufgenommen würde, nach welcher der Völkerbund die dauernde „Entmilitarisierung“ des deutschen Rheinlandes zu „kontrollieren“ habe, und daß diese Bestimmung irgendwie praktisch in Kraft gesetzt werde.

Man glaubt in Kreisen der französischen Regierungsmehrheit, daß die Lösung dieser Frage möglich sei und würde entsprechende Anregungen von deutscher Seite hierüber gern entgegennehmen.

### Frankreich soll verhandeln.

Paris, 1. Febr. Senator Henry de Jouvenel, der der französischen Delegation für den Völkerbund angehört, antwortete heute im „Matin“ auf die Rede des Reichskanzlers Dr. Luther. Er nennt sie die vernünftigste Rede, die seit dem Kriege aus einem deutschen Munde gekommen sei. Er wolle nicht gelten lassen, daß man nur schreit: Wir haben Mißtrauen! Denn man könne wohl verhandeln, auch wenn man sage, der Reichskanzler sei ein Reaktionsär. Jedenfalls vertrete er Deutschland, und das sei ausschlaggebend. Gewiß werde eine Verhandlung mit Deutschland weder leicht noch angenehm sein. Aber wer den Frieden herstellen wolle, müsse verhandeln. 10 Jahre nach der Räumung der Kölner Zone werde, wenn Rheinland den Vertrag erfülle, die Besetzung aus dem Rheinlanden vollkommen verschwinden. Sollte man erst so lange warten, um zu verhandeln? Mit Bezug auf die deutsch-französische Handelsvertragsverhandlung sagte der Senator, der deutsche Reichskanzler sei ein zu gut unterrichteter Mann, um nicht zu wissen, daß eine moralische Entspannung nicht vereinbar sei mit einem Zustand des Wirtschaftskrieges. Wäge er also den Handelsfrieden ab.

### Chamberlain bedauert die Kanzlerrede.

London, 1. Febr. In einer Rede in Birmingham erklärte der Staatssekretär des Äußeren Austen Chamberlain, daß die erste Aufgabe, die er sich selbst gesetzt habe, die Wiederherstellung des engen Einverständnisses und der herzlichen Beziehungen zwischen England und seinen Alliierten sei. Frankreich habe Sicherheit gegen eine Wiederholung der Unbill, die es in den vergangenen Jahren erlitten habe. Aber den vor kurzem erfolgten Rotenwechsel mit Deutschland wegen der Besetzung der Kölner Zone sagte Chamberlain, daß er den Ton und den Charakter der deutschen Erklärungen und die letzte Rede des deutschen Reichskanzlers bedauere. Er fuhr fort: „Ich will nicht in eine in solcher Art geführten Kontroverse eintreten. Ich begnüge mich damit, von einem Satz der Rede des Reichskanzlers Kenntnis zu nehmen, daß nämlich seine Regierung mit aller Entschiedenheit entschlossen sei, irgendwelche Verschlungen in der Entwaffnungsfrage gutzumachen, die von den Alliierten bewiesen werden sollten, oder die durch andere Kanäle zu ihrer Kenntnis gelangen würden. Ich grüße mich ferner damit, den letzten Satz der Rede der Alliierten, der der Aufmerksamkeit der deutschen Regierung entgegen zu sein scheint, zu wiederholen, nämlich, daß die Alliierten ihrerseits entschlossen sind, die mit dem Versailler Vertrag übernommenen Verpflichtungen gewissenhaft zu erfüllen.“

### Internationale Waffenkontrolle.

Genf, 1. Febr. Etwa 30 Staaten, unter ihnen die Vereinigten Staaten und Deutschland, haben dem Generalsekretariat des Völkerbundes mitgeteilt, daß sie an der Konferenz für die Kontrolle des internationalen Handels mit Waffen und Kriegsmaterial teilnehmen wollen.

## Der Kontrollbericht abermals verzögert. Übergabe an Deutschland erst Mitte Februar.

Paris, 1. Februar. Ganos vorbereitet folgende offizielle Notiz: Der endgültige Bericht der Interalliierten Militärkontrollkommission über den Stand der Abrüstung Deutschlands wird nicht vor Ende nächster Woche dem interalliierten militärischen Komitee von Versailles übergeben werden. Die Vorkonferenz wird daher nicht vor dem 15. Februar im Besitze dieses Berichtes sein, den sie dann Deutschland zu notifizieren hat.

### Das französische Staatsoberhaupt zur Sicherheitsfrage.

Paris, 2. Febr. Der Präsident der Republik hat gestern auf einem Bankett des Verbandes der republikanischen Journalisten eine große politische Rede gehalten, in der er unter ausdrücklicher Betonung der Sicherheit Frankreichs die Notwendigkeit des guten Einverständnisses zwischen Frankreich und den Alliierten hervorhob. Er führte aus: Frankreich hat unbestreitbare und zahlreiche Beweise für sein aufrichtiges Bestreben erbracht, die unentbehrliche Solidarität unter den Verbündeten auszuüben zu erhalten. Um nur ein Beispiel zu nennen, die Ratifikation des Londoner Protokolls, die Haltung, die Frankreich auf der letzten Völkerbundstagung eingenommen hat, sowie die Unterzeichnung des Genfer Protokolls hat sein aufrichtiges Bestreben nach Frieden und Versöhnung in glänzender Weise dargelegt. Ich verweise, um noch ein letztes Beispiel anzuführen, auch auf den wiederholt zum Ausdruck gebrachten Entschluß Frankreichs, gegen keine seiner Verpflichtungen zu verstoßen. Es wäre eher an uns, uns darüber zu beklagen, daß Verpflichtungen, von deren Erfüllung die Sicherheit Frankreichs abhängt, nicht innegehalten wurden, was unsere Ausgaben und Werten erhöht und die Erfüllung unserer an sich schon schweren Verpflichtungen, denen wir nachzukommen gewillt sind, noch schwieriger gestaltet hat. Solange die Sicherheit Frankreichs nicht vollständig und ganz gesichert ist und die fürchterliche Drohung eines unerwarteten Angriffs und Belagerung, kann daher dieser Sicherheit nicht entzogen werden.

den. Es würde den Gipfel der Ungerechtigkeit bedeuten, wollte man die Maßnahmen anders auslegen, die Frankreich zu ergreifen gezwungen ist und die Forderungen, die es aufstellen muß, um sich wirksam gegen nur allzu tatsächliche Gefahren zu schützen, die sich für Frankreich daraus ergeben, daß jenseits seiner offiziellen Grenzen der Geist schärferen Imperialismus und des Krieges hervortritt, dessen deunruhigenden Charakter die letzten Ereignisse deutlich gezeigt haben. Dieser Bestehenzustand hat nun glücklicherweise auch unsere Freunde die Augen geöffnet. Sie begreifen unser gebieterisches Bedürfnis nach Sicherheit und sehen offenherzig ein, daß die sofortige Befriedigung dieses Bedürfnisses allein in der Welt das Vertrauen erzeugt, ohne das sie ihr politisches Gleichgewicht nicht zurückhalten kann. Wir hoffen daher, daß das Problem der Sicherheit Frankreichs, das uns so sehr quält, und das die ganze Welt so schwer bedrückt, eine baldige und wahrhaft wirksame Lösung erfahren wird.

### Eine zweite deutsche Völkerbundsnote?

London, 31. Jan. Der „Daily Telegraph“ meldet, daß Deutschland zum zweiten Mal beim Völkerbund eine Denkschrift einreichte über die Bedingungen, unter denen es bereit sei, dem Völkerbund beizutreten. Die Regierung erwartet, daß der Völkerbundrat im März eine entsprechende Antwort an Deutschland übermitteln werde.

### Trendelenburgs Bericht.

Berlin, 31. Jan. In der heutigen Sitzung des Reichskabinetts erlautete der Staatssekretär Trendelenburg Bericht über den Stand der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen. Es wurde beschlossen, die Verhandlungen mit dem Ziele fortzusetzen, bei der definitiven Regelung für die Waren des deutschen Exportinteresses de facto die Mostbegünstigung zu erzielen.

### Eine neue amerikanische Abrüstungskonferenz.

London, 1. Febr. Meldungen aus Washington zufolge steht man dort in diplomatischen Kreisen in der Rede des Herrn Kellogg in London eine Befestigung der Ansicht, daß Coolidge in nächster Zeit eine Abrüstungskonferenz einberufen werde, bei der Kellogg die Vereinigten Staaten vertreten werde. Es verlautet weiter, daß das Weiße Haus die Rede Kelloggs im voraus gebilligt habe und sie als eine Programmrede des neuen Staatssekretärs aufzufassen sei.

### Öffnung des französischen Kriegsarchivs I

Die französische Kammer setzte in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Herriot die Einzelberatung über das Budget für auswärtige Angelegenheiten fort. Bei der Durchberatung der Ausgaben für die Archive beantwortete der Ministerpräsident eine Anfrage des sozialistischen Abg. Fontanier über die Absichten der Regierung bezüglich Öffnung der Kriegsarchive dahin, daß die Regierung diese sehr delikate Frage studiere. Auf die weitere Aufforderung, die Veröffentlichung der Berichte der Geheimkomitees fortzusetzen, erklärte Herriot, daß dazu noch die Zustimmung einer ausländischen Macht fehle, die aber auch eingeholt werde; alsdann werde die Veröffentlichung fortgesetzt werden.

### Der deutsch-österreichische Anschlußgedanke.

Reichskanzler Dr. Luther für Ausbau der Stammeinheitslinie. Eine Rundrede der Universität München. Berlin, 1. Febr. Reichskanzler Dr. Luther äußerte sich über die Wählerberichte, in einer Unterredung mit dem Vertreter der „Wiener Neuen Freien Presse“ über das Verhältnis Deutschlands zu Österreich. In die Beziehungen zwischen den beiden Ländern komme immer das Bewußtsein der Stammeinheitslinie hinein. Da insolge der Friedensverträge die Idee der Stammeinheitslinie keinen politischen Ausdruck finden dürfe, sei es unerschwinglich, daß sie sich in anderer Weise aus-

wirke. Es werde sich immer mehr eine Gleichheit der Denkform herstellen. Als Beispiel führte Dr. Luther die Schaffung eines gleichen Strafrechts an, die zwischen Deutschland und Österreich geplant sei. Weiter habe er eine wirtschaftliche Auswirkung der Stammeinheitsgemeinschaft für unaussprechlich. Es werde allmählich gelingen, die Hindernisse, die im Verkehr und in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern bestehen, zu beseitigen.

München, 31. Jan. Rektor und Senat der Münchener Universität haben an den Rektor der Wiener Universität ein Schreiben gerichtet, in welchem der besondere Freude über die von sämtlichen österreichischen Hochschulen veranstalteten Reichsgründungsfeiern Ausdruck gegeben und betont wird, daß bei diesen Feiern zum Ausdruck getommene Anschlußgedanke bei der Münchener Universität den stärksten Widerhall gefunden habe. Dieses Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Deutschen gerate auch auf den Universitäten zu fließen, werde immer das Bestreben der Universitäten sein, solange bis diese Hoffnung zur Wirklichkeit geworden sei.

### Seanns Kabinettsbildung.

Ministerpräsident Braun will sich für sein neues Kabinetts eine Mehrheit im Landtage sichern. Es ist bereits angekündigt worden, daß er in erster Reihe den Versuch machen wird, die Große Koalition wiederherzustellen. Das ist begreiflich. Herr Braun hat sich in der Regierung vor seinem Sturz zur Politik der Großen Koalition bekannt, und es liegt nahe, daß er im neuen Landtag als wiedergeborener Ministerpräsident für dieselbe Politik eine Mehrheit erstrebt. Wie die Dinge nun einmal liegen, werden aber die Verhandlungen mit den Deutschen Volkspartei ein rein formales sein. Die Deutsche Volkspartei befindet sich in so starker Abhängigkeit von den Deutschnationalen, daß an eine Wiederherstellung der Großen Koalition im gegenwärtigen Augenblick nicht zu denken ist. Eine Entscheidung ist erst im Laufe der nächsten Tage zu erwarten.

### 15 Millionen Dollar für Sachsen.

Newport, 1. Febr. Die „National City Company“ hat die Verhandlungen über den Erwerb von 15 Millionen Dollar (Prägenen) von den von dem Staat Sachsen kontrollierten sächsischen Elektrizitätswerken zu Ende geführt. Die Bonds sollen binnen kurzem zum öffentlichen Verkauf angeboten werden.

ungen  
RT  
Nr. 152  
stange-  
e  
an allen  
n  
stenlos.  
ng  
en.  
m  
g  
n  
fen  
t.  
1,  
der  
sucht  
i. Sa.  
sche  
t gesucht.  
Schwartzg.  
straßen, 2.  
ter  
ren-Händ-  
für sofort  
arbeiten an  
ckau  
efon 1540.  
v. Privat-  
zahlung.  
angeführter  
ogil.,  
den  
et ein  
Aue,  
nen bei  
schritten  
en ohne  
E. Sch.  
nliche